

Credit Suisse

Sorgenbarometer 2012

Was die Schweiz bewegt.
Die grosse Umfrage unter der Stimmbevölkerung
seit 1976.



Sascha Flück, 37, Herbetswil SO, Servicemonteur
«Das schönste Vergnügen in der Schweiz ist es, dass
wir noch frei sind. Hier darf ich überall meinen
Segelflieger in die Höhe steigen lassen, ohne dass
gleich einer kommt und reklamiert.»

1. Frage: «Welches sind heute Ihrer Meinung nach die wichtigsten Sorgen der Schweiz?»

Arbeitslosigkeit 49% (-3)

Ausländer 37% (+1)

AHV/Altersvorsorge 36% (+9)

Asylfragen 32% (+11)

Gesundheitswesen 30% (+0)

Eurokrise 22% (neu)

Persönliche Sicherheit 21% (-6)

Europäische Integration 20% (+6)

Soziale Sicherheit 19% (-7)

Umweltschutz 18% (+2)

Neue Armut 17% (+0)

Energiefragen 16% (+1)

Finanzkrise 14% (-16)

Löhne 13% (-1)

Benzin-/Erdölpreis 13% (+8)

Erhebung 2012 (Veränderung zu 2011 in Prozentpunkten)

Anouck Hofmann, 20, Neuenburg,
Wirtschaftsstudentin

«Sorgen? Sorry, aber in Bezug auf mich und meine
Zukunft in der Schweiz habe ich keine.»



Alles wird gut – optimistische Schweizer Bevölkerung

Traditionsgemäss nimmt die Arbeitslosigkeit beim Credit Suisse Sorgenbarometer die Spitzenposition ein. Trotz Wirtschaftskrise sehen die Befragten aber zuversichtlich in die Zukunft: Die Mehrheit schätzt die Lage stabil ein, ein Fünftel ist von einer Verbesserung überzeugt.

Die Schweizer Bevölkerung beurteilt die aktuelle wirtschaftliche Situation optimistisch (Grafik 3). 59 Prozent bezeichnen jedenfalls die eigene Lage als «gut» oder «sehr gut». Spürbar entschärft hat sich die Situation vor allem bei den tieferen Einkommen. Auch die Aussichten sind erfreulich: Wie im Vorjahr gehen 92 Prozent davon aus, dass es ihnen im kommenden Jahr zumindest gleich gut wie jetzt gehen wird. 18 Prozent glauben sogar an eine Verbesserung; nur einmal – vor fünf Jahren – waren es etwas mehr gewesen. In Bezug auf die allgemeine wirtschaftliche Situation ist der gleiche Trend zu erkennen. Beinahe drei Viertel der Stimmbürger stufen die aktuelle Lage als zumindest gleich gut wie im Vorjahr ein, fast gleich viele sehen das auch für die kommenden zwölf Monate so. Dabei ist mehr als ein Fünftel sogar von einer Verbesserung der Konjunktur überzeugt.

Relativ geringe Konjunktursorgen

Dieser Wirtschaftsoptimismus mag angesichts der akuten Probleme in Griechenland, Spanien und anderen europäischen Ländern überraschen

und lässt sich wohl am ehesten erklären durch die relativ robuste Binnenwirtschaft mit einem starken Privatkonsum in der Schweiz. Im Sorgenbarometer schlug sich dieser Optimismus sehr deutlich bei der zentralen Frage nach den fünf Hauptsorgen nieder (Seite 44).

Die konjunkturellen Sorgen sind wieder in den Hintergrund getreten: Die Finanzkrise landet mit 14 Prozent (-16 Prozentpunkte) auf Platz 13 von 34 vorgegebenen Begriffen, die Wirtschaftskrise mit 9 Prozent (-26 pp) auf Platz 20 und die Sorgen rund um die Börsen mit 7 Prozent (-5 pp) auf Platz 24. Erstmals befragt wurde die Eurokrise, die mit 22 Prozent auf Anhieb auf Rang 6 kam. Die insgesamt positive Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung lässt indes daraufschliessen, dass ein Grossteil der Bevölkerung an die Robustheit der Schweizer Wirtschaft glaubt und nicht davon ausgeht, dass die Eurokrise sich stark und nachhaltig auf unser Land auswirken wird.

Trotzdem bleibt mit 49 Prozent die Arbeitslosigkeit – nun bereits zum zehnten Mal in Folge – die Hauptsorge

Die Umfrage

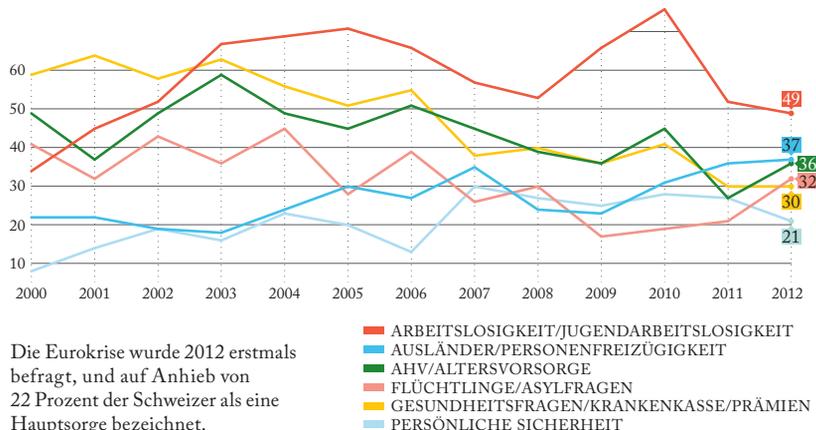
Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Credit Suisse hat das Forschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 30. Juli und dem 31. August 2012 eine repräsentative Umfrage bei 1003 Stimmberechtigten mit Wohnsitz in der Schweiz durchgeführt. Der statistische Stichprobenfehler liegt bei $\pm 3,2$ Prozent. Die wissenschaftliche Auswertung in den zwei Studien «Abstrakte Wirtschaftssorgen konkretisieren sich im EU-Raum» und «Schweiz: Dem Sturm getrotzt, aber Planken müssen verstärkt werden» erfolgte durch ein Projektteam mit Claude Longchamp, Lukas Golder, Martina Imfeld, Cindy Beer, Stephan Tschöpe und Sarah Deller.

Die Studien sowie weiterführende Grafiken findet man unter:
www.credit-suisse.com/sorgenbarometer

Die Auswertung für das Bulletin erfolgte durch Andreas Schiendorfer.

2. Zeitliche Veränderung der Hauptsorgen

Seit dem Jahr 2003 wird die Arbeitslosigkeit als Hauptproblem der Schweiz wahrgenommen. Davor war es das Gesundheitswesen gewesen, das heute nur noch auf Platz 5 rangiert. Über die letzten drei Jahre haben einzig «Ausländer/Personenfreizügigkeit» und «Flüchtlinge/Asylfragen» zugenommen.

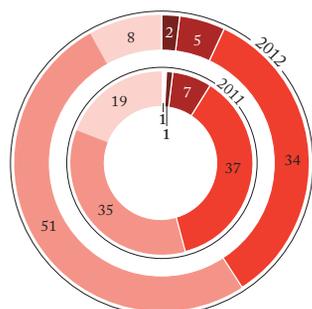


Frage: «Welches sind heute Ihrer Meinung nach die wichtigsten Sorgen der Schweiz?»

3. Einschätzung der Wirtschaftslage

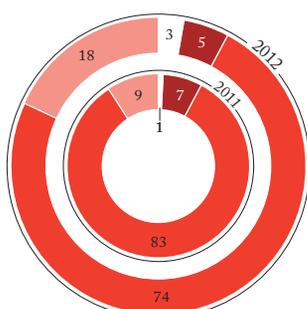
Die Zahl der Schweizer, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als sehr gut einstufen, hat zwar um 11 Prozentpunkte abgenommen, dafür gehen doppelt so viele wie im letzten Jahr von einer Verbesserung in der Zukunft aus. Die allgemeine Wirtschaftslage wird noch positiver eingeschätzt: 18 Prozent (+ 11 pp) erkennen eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr, 21 Prozent (+ 12 pp) glauben an eine weitere Verbesserung in Zukunft.

Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage



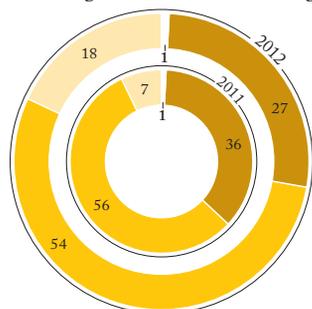
Keine Antwort, Sehr schlecht, Schlecht, Gut, Sehr gut, Recht

Kommende individuelle wirtschaftliche Lage



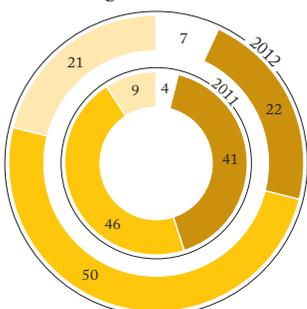
Keine Antwort, Schlechter, Gleich, Besser

Aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage



Keine Antwort, Verschlechtert, Gleich geblieben, Verbessert

Kommende allgemeine wirtschaftliche Lage



Keine Antwort, Verschlechtern, Gleich bleiben, Verbessern

Fragen: «Wie schätzen Sie Ihre persönliche und wie die allgemeine wirtschaftliche Situation ein, und wie wird sie sich in den kommenden zwölf Monaten verändern?»

der Schweizerinnen und Schweizer (Grafik 2). Dies kann eigentlich nur dahin gehend gedeutet werden, dass die Beschäftigung möglichst aller Landesbewohner als der entscheidende Schlüsselfaktor für das Funktionieren der Schweiz angesehen wird. In dieser Hinsicht reagiert man anscheinend lieber nicht erst auf reale Notsituationen, sondern sorgt sich gewissermassen proaktiv. Allerdings stellt man doch einen Rückgang von 3 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr und sogar um 27 Prozentpunkte gegenüber 2010 fest.

Sorgenpalette ist breiter geworden

Neben der Arbeitslosigkeit landeten in den Jahren 2003 bis 2010 ausnahmslos die Sorgen um die Altersvorsorge sowie das Gesundheitswesen auf den beiden weiteren Podestplätzen. Diese Hierarchie wurde nun zum zweiten Mal nacheinander durchbrochen, ohne dass diese «Traditionssorgen» deswegen an Relevanz verloren hätten. Insgesamt ist aber doch eine Nivellierung des Sorgenkanons mit entsprechend tieferen Werten feststellbar: Heute brennen den Schweizern also viel mehr verschiedene Sorgen unter den Nägeln als früher, die von den Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen ernst genommen werden müssen. In erster Linie ist hier die Immigrationsdebatte zu nennen. Dabei sind die Ausländer, die regulär in der Schweiz leben und arbeiten, momentan stärker im Fokus als die Flüchtlinge, die hier Asyl suchen (siehe auch Grafik 14).

Die Sicherung der Altersvorsorge ist nach wie vor eine zentrale Sorge der Schweizer. Nach einem Rückgang im Vorjahr befindet sich die AHV mit 36 Prozent wieder im (unteren) Bereich des langjährigen Trends. Dabei sind es aber nicht etwa die Jungen, welche die grössten Bedenken äussern, sondern die aktuellen Bezüger, die offensichtlich Angst vor einschneidenden Kürzungen haben. Darüber hinaus ist die Sorge bei den Frauen stärker

erkennbar als bei den Männern und vor allem in der Stadt viel deutlicher als auf dem Land. Dementsprechend gilt für 95 Prozent die Sicherung der Altersvorsorge als sehr wichtiges aktuelles Ziel, das die Politiker verfolgen sollten (Grafik 6). Das Problem Gesundheitswesen hingegen hat, wohl wegen des verlangsamten Anstiegs der Krankenkassenprämien, auf dem im Vergleich zu früher relativ tiefen Niveau von 30 Prozent stagniert.

Umweltbewusstsein nimmt zu

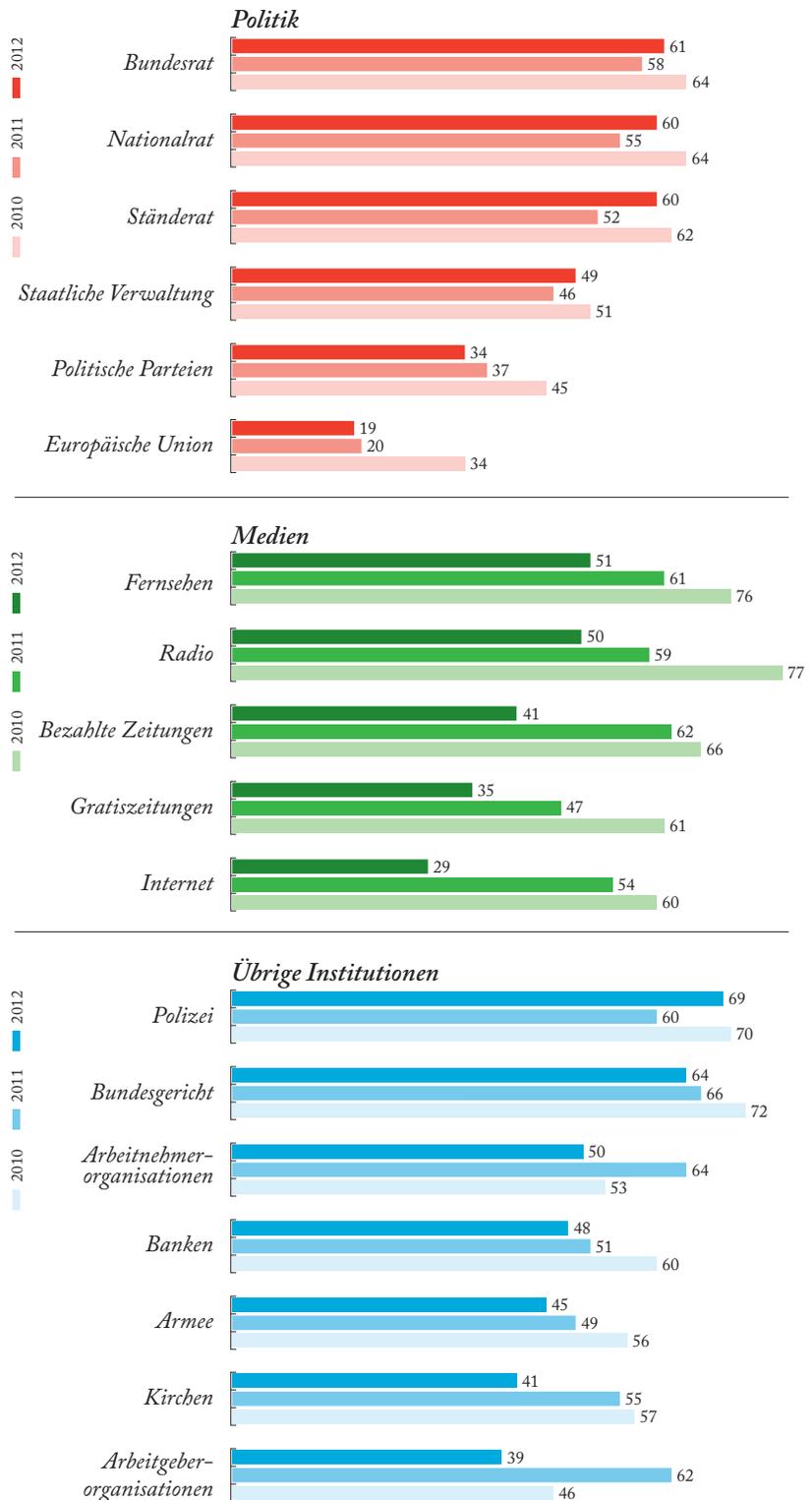
Die Sorgen um die persönliche Sicherheit und soziale Sicherheit, die in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hatten, sind wieder etwas zurückgefallen. Als nächstes Problempaket folgen die Umwelt- und die Energieprobleme. Der Fukushima-Effekt mag zwar bei einem Grossteil der Bevölkerung bereits wieder verfliegen sein, aber dank dem diesjährigen Umweltgipfel Rio +20 und vor allem der Debatte um den Ausstieg aus der Atomenergie sind Umweltthemen nach wie vor präsent.

Das allgemeine Umweltbewusstsein hat gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen auf heute 18 Prozent. Von einem Wert wie in den Jahren 1988 bis 1995, im Durchschnitt 56 Prozent, sind die Schweizer aber noch weit entfernt. Immerhin ist in Zukunft eine weitere Zunahme zu erwarten. Hinter den Antworten auf die Frage, worunter die zukünftigen Generationen am meisten zu leiden haben, befinden sich jedenfalls Umwelt und Klima gemeinsam mit Arbeitsmangel an der Spitze.

Seit 1995 will das Sorgenbarometer wissen, ob die Wirtschaftsführer beziehungsweise die Exponenten in Regierung und Verwaltung in entscheidenden Dingen oft oder selten versagen (Grafik 5). Im Langzeittrend schneidet die Wirtschaft dabei klar besser ab als die Politik. In diesem Jahr spricht jedoch mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Politik indirekt ihr Vertrauen aus, indem sie ihr attestiert, nur selten zu versagen; das war bis ▶

4. Wem Schweizerinnen und Schweizer vertrauen

Das grösste Vertrauen genießt derzeit die Polizei, gefolgt von Bundesgericht und Bundesrat. Vor einem Jahr hatte das Bundesgericht die Vertrauensrangliste vor den Arbeitnehmerorganisationen sowie den Arbeitgeberorganisationen und den bezahlten Zeitungen angeführt. 2010 lagen Radio, Fernsehen sowie Bundesgericht und Polizei an der Spitze.



Frage: «Wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in jede der Ihnen vorgelegten Institutionen (Vertrauen – weder/noch – kein Vertrauen – keine Antwort)?»

jetzt einzig 1998 der Fall. Auch der Wirtschaft wird zwar immer noch von 48 Prozent «seltenes Versagen» bescheinigt, aber die Werte sind weitaus tiefer als im Langzeitdurchschnitt.

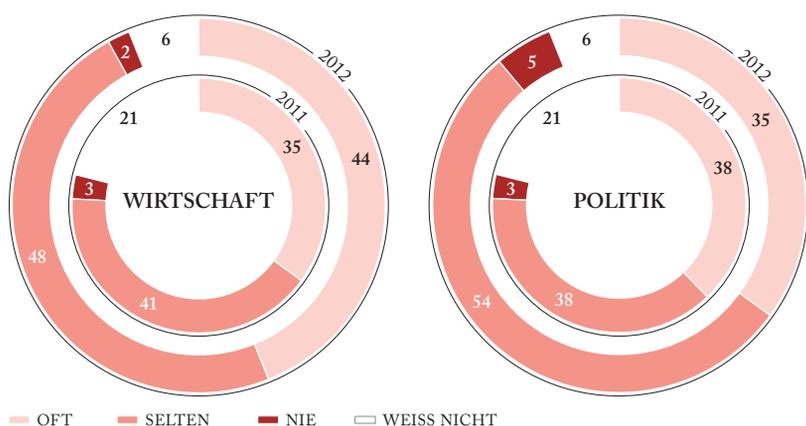
Bei der konkret gestellten Vertrauensfrage (Grafik 4) ist ein genereller Vertrauensschwund in den beiden

letzten Jahren zu konstatieren. Betrug das Vertrauen in die zur Auswahl stehenden Akteure im Jahr 2010 noch durchschnittlich 60 Prozent, so waren es letztes Jahr 53 und dieses Mal sogar nur noch 47 Prozent. Hauptursache dafür sind die tieferen Umfragewerte für die Medien, Banken, Wirtschafts-

verbände sowie für die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen. Die Banken liegen mit 48 Prozent immer noch knapp über dem Durchschnitt der letzten 18 Jahre. Die Wirtschaftsverbände haben zunächst seit 2006 einen kontinuierlichen Vertrauenszuwachs erfahren, der 2011 in absoluten Traumwerten gipfelte mit 64 Prozent für die Arbeitnehmerorganisationen sowie 62 Prozent für die Arbeitgeberorganisationen. Nun ist aber eine spürbare Ernüchterung eingetreten, bei den Gewerkschaften (-14 pp) etwas weniger ausgeprägt als bei den Arbeitgebern (-23 pp).

5. Leistung von Politik und Wirtschaft

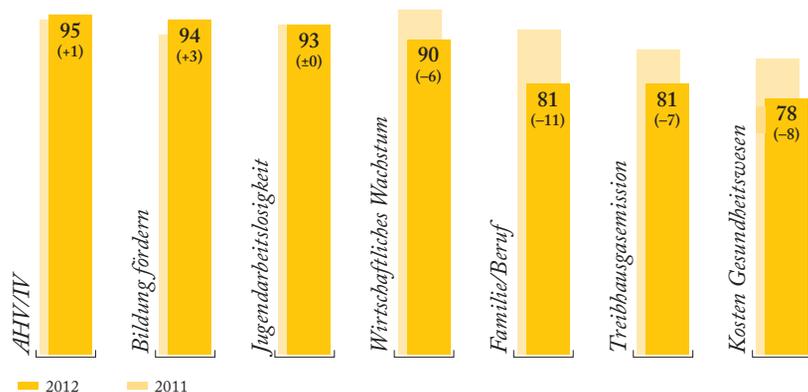
Stellen die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft für die mittel- und langfristige Entwicklung des Landes die richtigen Weichen? Treffen sie im richtigen Moment die korrekten Entscheidungen? Trotz der Krise hält sich die Kritik der Bevölkerung in Grenzen.



Frage: «Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung beziehungsweise die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?»

6. Welche Ziele die Politiker sofort verfolgen müssen

Die wichtigsten politischen Ziele sind derzeit die langfristige finanzielle Sicherung der Vorsorgeleistungen, die Förderung der Bildung sowie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Den mit Abstand tiefsten Wert verzeichnet die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (55 Prozent).



Frage: «Wie wichtig ist für Sie das Erreichen der genannten politischen Ziele?» In der Grafik sind die Antworten «sehr wichtig» und «wichtig» zusammengezählt. Weitere zur Auswahl stehende Antworten: «eher unwichtig», «sehr unwichtig», «weiss nicht».

Wenig Vertrauen in die EU

Sehr volatil und vorerst nur bedingt erklärbar sind die Werte bei den Medien. Hatte man beispielsweise 2009 noch über die Spitzenposition und den grossen Vertrauensbonus der Gratiszeitungen gestaunt, so sehen sich die Medien nach 2010 mit einem durchschnittlichen Vertrauensentzug von 27 Prozentpunkten konfrontiert. Möglicherweise hat sich nun wenigstens die Vertrauenshierarchie eingependelt: Die Reihenfolge Fernsehen, Radio, bezahlte Zeitungen, Gratiszeitungen, Internet könnte Bestand haben.

Wie in den Vorjahren ist am Schluss die Europäische Union anzutreffen, wobei das Rekordtief gut zur gestiegenen Ausländerskepsis in der Schweiz passt. Ebenfalls weit unten rangieren stets die Parteien. Bessere Werte erzielen – jeweils in dieser aufsteigenden Reihenfolge – die staatliche Verwaltung, der Nationalrat, der Ständerat und der Bundesrat. Die Vertrauensspitze zieren nach wie vor Polizei und Bundesgericht.

«Ich bin optimistisch für die Schweiz»

Fünf Fragen an Pascal Gentinetta, Direktor Economiesuisse

1. Was sind für Sie die drei grössten Stärken der Schweizer Wirtschaft?

An erster Stelle steht die Innovationskraft unserer Unternehmen, die im internationalen Vergleich hervorragend ist. Ebenfalls eine grosse Stärke ist die Flexibilität, mit der sich unsere Wirtschaft immer wieder an veränderte Rahmenbedingungen anpassen konnte – nicht zuletzt ein Ergebnis einer langfristig starken Währung. Und drittens sind wir dank unserer wirtschaftlichen Diversität hinsichtlich Branchenmix, der Symbiose von KMU und Konzernen sowie verschiedenen regionalen Motoren sehr gut aufgestellt.

2. Werden uns diese durch die aktuelle EU-Krise bringen?

Allein schon unsere geografische Lage verhindert, dass wir von der Krise vieler Euroländer unberührt bleiben. Wenn wichtige Handelspartner den Gürtel enger schnallen müssen, trifft das unweigerlich auch unsere exportorientierte Wirtschaft. Doch die genannten Stärken, eine liberale Wirtschaftspolitik und eine bewusst offene Freihandelspolitik, insbesondere mit aufstrebenden Wachstumsmärkten, helfen uns tatsächlich, diese Herausforderung besser als andere zu meistern.

3. Welche weiteren Gefährdungsmomente sehen Sie?

Erfolg kann zu Trägheit führen. Es besteht die Gefahr, dass die Schweiz vergisst, worauf ihr Erfolg beruht. Innovationskraft und Flexibilität lassen sich nicht politisch steuern. Sie gedeihen nur dort, wo gute Rahmenbedingungen und unternehmerische Freiräume bestehen. Leider liegt es politisch im Trend, solche Freiräume durch immer neue Regulierungen einzuschränken. Dem müssen wir entschieden entgegenzutreten und uns gleichzeitig für einen weiterhin attraktiven Standort einsetzen.

4. Die Arbeitslosigkeit bereitet den Schweizern grosse Sorgen. Erwarten Sie eine Zunahme?

Die Auswirkungen der EU-Wirtschaftskrise sind auf unserem Arbeitsmarkt 2013 vielleicht noch ein bisschen stärker zu spüren als heute, insbesondere im Tourismus oder in Teilen der Exportindustrie. Die Binnenkonjunktur wirkt aber nach wie vor stabilisierend. Insgesamt erwarte ich keine markante Zunahme der Arbeitslosigkeit. Es zeigt sich wieder einmal, dass unser duales Bildungssystem und unsere vergleichsweise flexible Arbeitsmarktordnung für einen viel besseren Ausgleich sorgen, sodass die Arbeitslosigkeit selbst in einer schwierigen Situation moderat bleibt.

5. Teilen Sie den Optimismus der Stimmberechtigten bezüglich der Wirtschaftsentwicklung?

Ja. Obwohl in einigen westlichen Ländern zurzeit schwarze Wolken aufgezogen sind, bin ich für unser Land grundsätzlich optimistisch.



Pascal Gentinetta studierte Wirtschaft und Recht an der Universität St. Gallen. Seit 2007 ist er Direktor von Economiesuisse. Dem Wirtschaftsdachverband sind hundert Branchenverbände angeschlossen. Insgesamt vertritt Economiesuisse 100 000 Schweizer Unternehmen mit rund zwei Millionen Arbeitsplätzen.

Spezialauswertung 1

Andere Sprache, andere Probleme

Tiefer Nationalstolz in der Westschweiz, Sorgen um Ausländer in der Deutschschweiz – markante Unterschiede zwischen den Sprachregionen.

Das Sorgenbarometer zeigt signifikante Unterschiede der Problemwahrnehmung in den drei Sprachregionen auf. Trotzdem kann nur bedingt von einem Rösti- oder Polentagraben gesprochen werden, da ein Konsens betreffend das funktionierende Zusammenleben der Kulturen herrscht.

Die Arbeitslosigkeit ist die Hauptsorge der Schweizer. In der Deutschschweiz sehen dies 41 Prozent so, deutlich mehr sind es jedoch in der Westschweiz (67%) und im Tessin (72%). Die Ausländerfrage kommt in der Deutschschweiz ebenfalls auf 41 Prozent, in der Südschweiz liegt der Wert sogar noch höher (46%), in der Romandie (23%) hingegen sind andere Sorgen weiter verbreitet.

Die deutschsprachige Mehrheit bestimmt in der Regel den gesamtschweizerischen Stellenwert eines Problems – mit zwei Ausnahmen: Die Altersvorsorge wird dank Westschweiz (43%) und Tessin (40%) an die dritte Stelle gehoben, allerdings nur, weil sie auch in der Deutschschweiz (33%) von vergleichbarer Bedeutung ist. Die persönliche Sicherheit hingegen schafft es in der Deutschschweiz (18%) nur auf Platz 10, in der Westschweiz (25%) und im Tessin (36%) aber auf Platz 5 und somit insgesamt an die siebte Stelle.

Neue Armut bleibt Problem

Die französischsprachigen Schweizer betonen zwei Probleme, die gesamtschweizerisch nicht in die Top Ten ge-

langen: das Bankkündengeheimnis (19%) und die neue Armut (18%). Dafür werden die Europäische Union und die Umweltbelastung (je 12%) als weniger gravierend angesehen und landen sogar noch hinter Finanzkrise (16%) sowie Kernenergie und Benzinpreis (je 15%).

Bei den italienischsprachigen Schweizern sind die Unterschiede noch augenfälliger: Unmittelbar hinter der Arbeitslosigkeit folgt das Gesundheitswesen (68%). Anstelle von Europäischer Union, Flüchtlingen, sozialer Sicherheit, Umweltbelastung kommt ebenfalls die neue Armut (16%) hinzu, vor allem aber die Wirtschaftskrise (28%) sowie Drogen und Rassismus (je 26%). Die Aussagen verdienen Beachtung, dürfen aber wegen der kleinen Stichprobe im Tessin

nur mit grösster Vorsicht interpretiert werden.

Zusammenleben bleibt Stärke

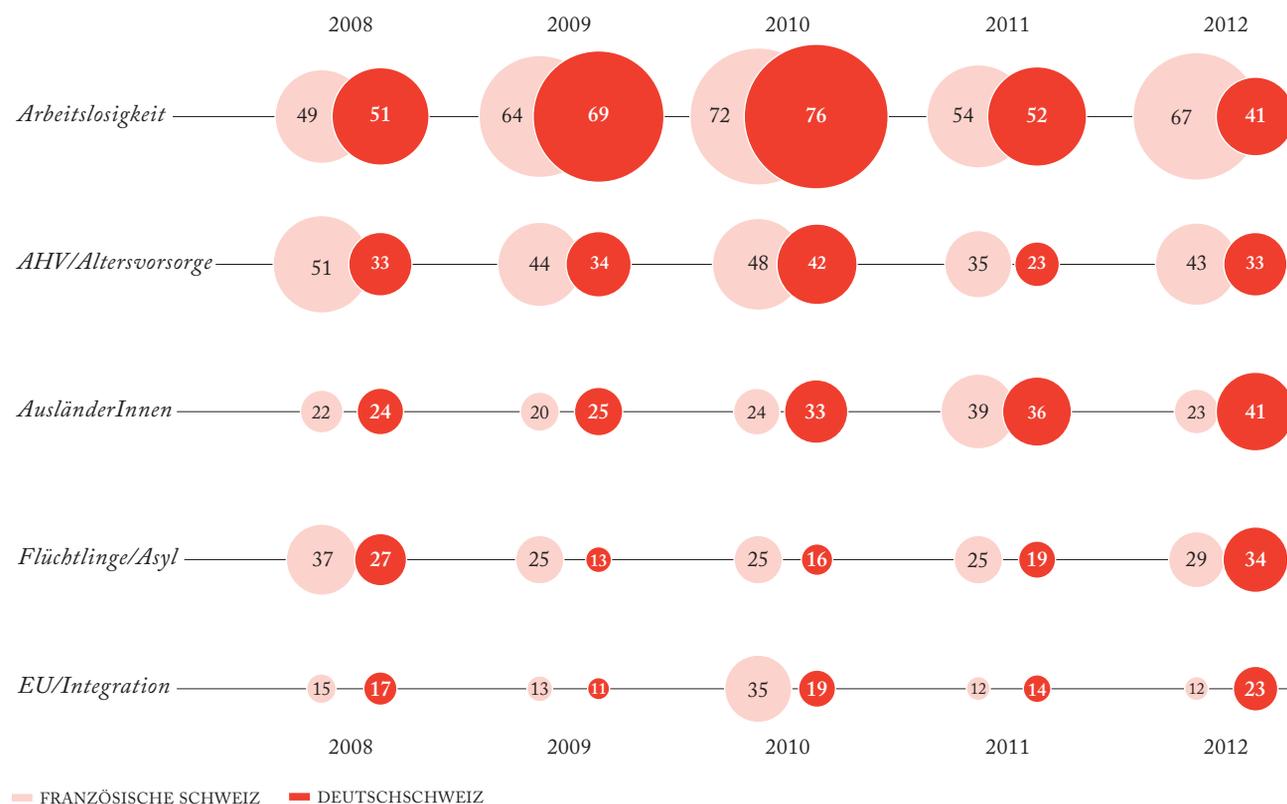
Ein Fünftel der Schweizer (19%) betrachtet das Zusammenleben der Kulturen als eine Hauptstärke des Landes. Davon sind die Westschweizer (31%) wesentlich überzeugter als die Deutschschweizer (14%); die Tessiner (20%) liegen in der Mitte. Umgekehrt wird das Zusammenleben nur von jedem zwanzigsten Bewohner als Belastung wahrgenommen (5%); sprachregional betrachtet liegt die Differenz innerhalb der statistischen Fehlerquote. Daran wird sich – gemäss einer weiteren Frage – auch in zehn Jahren nicht viel ändern. Fragt man aber, ob man *sehr* stolz ist, Schweizer zu sein, dann bejahen dies in der Westschweiz (18%)

deutlich weniger als in der Deutschschweiz und im Tessin (je 42%). Das Forschungsinstitut gfs.bern hat diesen ausgeprägten Nationalstolz für die Jahre 2007–2012 auf die einzelnen Kantone hinuntergebrochen: An der Spitze des Patriotismus stehen Obwalden (70%), Zug und Thurgau (62%), am Ende findet man die Westschweizer Kantone Neuenburg (22%), Genf (17%), Waadt (14%) und Jura (1%).

Die Akzentuierung verschiedener Probleme und die unterschiedliche Befindlichkeit in den Sprachregionen betreffend Nationalstolz haben mittlerweile ein Ausmass erreicht, das es ernst zu nehmen gilt, auch wenn gerade die französischsprachige Minderheit das Zusammenleben verschiedener Kulturen nicht grundsätzlich in Frage stellt.

7. Welche Themen in den Sprachregionen am meisten Sorgen bereiten

Die Unterschiede in der Gewichtung der einzelnen Problemfelder zwischen der Westschweiz und der Deutschschweiz werden in der Tendenz immer grösser (Angaben in Prozent aller Nennungen).



Frage: «Welches sind heute Ihrer Meinung nach die wichtigsten Sorgen der Schweiz?»

Spezialauswertung 2

Debatte um Zuwanderung

Ein Drittel der Bevölkerung sieht den Themenkomplex «Ausländerfragen» als wichtigstes Problem der Schweiz. Tendenz: zunehmend.

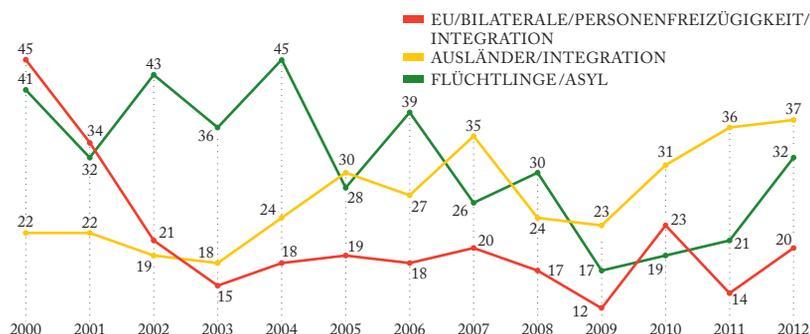
Gegenwärtig leben in der Schweiz gut 1,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, was einem Bevölkerungsanteil von 22 Prozent entspricht. In den letzten zehn Jahren stieg die Anzahl im Jahresdurchschnitt um etwas mehr als 30 000 Personen bei gleichzeitig gegen 40 000 Einbürgerungen. Seit 2007 hat sich die Zunahme im Zeichen der Personenfreizügigkeit also rasant beschleunigt.

Die verstärkte Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Sorgenbarometer-Resultate. Diese legen den Schluss nahe, dass die Schweizer Bevölkerung bei der Personenfreizügigkeit offensichtlich nicht nur positive Aspekte sieht. Das Thema «Ausländerfragen» (Anzahl/Integration/Personenfreizügigkeit) gewinnt im Sorgenbarometer bereits seit 2003 (Grafik 2) kontinuierlich an Bedeutung, 2012 erreicht es nun mit 37 Prozent (+1 Prozentpunkt) eine absolute Höchstmarke und belegt zum zweiten Mal in Folge den zweiten Platz hinter der Arbeitslosigkeit bei den Problemen der Schweiz.

Interessanterweise zeigt der Themenkomplex «Asyl/Flüchtlinge» in den letzten Jahren einen anderen Verlauf als «Ausländerfragen»: Ausgehend von der absoluten Höchstmarke von 56 Prozent im Jahr 1999 ging die Kurve im Zickzackkurs bis auf 17 Prozent (2009) hinunter. Dann stieg sie in den letzten drei Jahren wieder an, zunächst leicht, im laufenden Jahr sprunghaft von 21 auf 32 Prozent. Dies lässt sich in Korrelation zur Anzahl der Asylgesuche, die zuletzt

8. Zeitliche Veränderung der Sorgen mit Ausländern

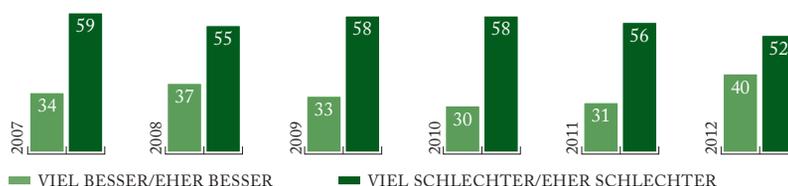
In den letzten vier Jahren haben die Sorgen im Zusammenhang mit den Ausländern und Ausländerinnen nach einer ebenso langen Phase der Beruhigung wieder deutlich zugenommen.



Frage: «Welches sind heute Ihrer Meinung nach die wichtigsten Sorgen der Schweiz?»

9. Künftiges Zusammenleben mit Ausländern

Zwar befürchtet eine Mehrheit der Schweizer, das Verhältnis zu den Ausländern werde sich verschlechtern; die positive Einschätzung ist aber verbreiteter als in den Jahren zuvor.



Frage: «Wie geht es der Schweiz bezüglich des Zusammenlebens mit Ausländern in zehn Jahren?»

wieder zugenommen haben, und den dadurch ausgelösten politischen Debatten setzen.

Die Einwanderung wird derzeit von 77 Prozent (-2 pp) als ein Element wahrgenommen, welches die Schweizer Identität gefährdet (Grafik 14). Trotzdem glaubt nur gerade ein Zehntel, dass daraus eine Fremdenfeindlichkeit resultiert, die ein Problem darstellt. Bei den 18- bis 19-Jährigen ist allerdings ein leicht erhöhter Wert (14%), bei den politisch Linksstehenden ein signifikant höherer Wert (21%) erkennbar. Gilt es die aktuellen politischen Ziele zu bewerten, wird die Integration der Ausländerinnen und Ausländer von einer knappen Mehrheit als wichtig bezeichnet. Diese 55 Prozent sind wenig, wenn man bedenkt, dass die Sicherstellung der

AHV von 95 und die Förderung der Bildung von 94 Prozent als wichtig eingestuft werden.

Um die aktuelle Situation besser einschätzen zu können, ist ein Blick in die Zukunft aufschlussreich. Nur 3 Prozent der Stimmbürger glauben, die folgenden Generationen hätten am meisten unter der Überfremdung zu leiden, Arbeitsmangel und Umwelt/Klima werden als die grossen Probleme der Zukunft angesehen.

Das Zusammenleben mit den Ausländern in zehn Jahren wird ziemlich neutral bewertet: 40 Prozent glauben, dass es besser wird, 52 Prozent gehen von einer Verschlechterung aus. Im Vorjahr war die Differenz noch um 13 Prozentpunkte höher gewesen.

10. Frage: «Sagen Sie mir bitte drei Dinge, wofür die Schweiz für Sie persönlich steht.»

Sicherheit/Frieden 20% (+5)

Neutralität 20% (+6)

Landschaft 15% (-6)

Uhren 10% (+1)

Patriotismus 10% (+4)

Ordnungsbewusstsein 9% (-12)

Schokolade 9% (+0)

Banken 8% (+4)

Heimat 8% (-2)

Wohlstand 8% (+6)

Freiheit, Meinungsfreiheit 7% (-2)

Selbstständigkeit 7% (+5)

Sauberkeit 7% (+1)

Schulsystem 7% (+2)

Qualitätsbewusstsein 7% (+4)

Erhebung 2012

(Veränderung zu 2011 in Prozentpunkten)



Aline Koller, 33, mit Sohn Ian Balthazar, 11 Monate, Lausanne VD, Psychotherapeutin
«14 Wochen Mutterschaftsschutz sind einfach zu kurz für ein solch tiefgreifendes Lebensereignis. Es ist widersprüchlich, wie oft erwähnt wird, dass Kinder wichtig sind für das Land – und trotzdem eine Schweiz mit einem familienfreundlichen Elternschaftsurlaub noch immer in weiter Ferne liegt.»

Die Schweiz definiert sich wieder als Sonderfall

Die Schweizerinnen und Schweizer sind so stolz auf ihr Land wie noch nie. Das geht so weit, dass sie sich stärker mit der Nation als mit der eigenen Wohngemeinde identifizieren. Der Patriotismus ist politisch schwer verortbar; die Linke ist stolzer auf die Schweiz als die Mitte.

86 Prozent der Stimmberechtigten sind stolz auf die Schweiz (Grafik 11). Der Rekordwert von 2007 wird damit egalisiert; lediglich 11 Prozent der Bevölkerung sind nicht stolz auf ihr Land, so wenige wie nie zuvor. Zu diesem Resultat tragen die politisch eher Rechtsstehenden am meisten bei, von denen 58 Prozent sehr stolz auf die Schweiz sind. In der politischen Mitte hingegen scheint sich zunehmend Ernüchterung breit zu machen; seit mittlerweile fünf Jahren geht es leicht abwärts. Interessant ist, dass gleichzeitig ein Gegen-trend am linken Spektrum feststellbar ist: Seit 2005 stieg hier der Nationalstolz um 24 Prozentpunkte und erreicht nun erstmals einen höheren Wert als bei den Mitwählern (Grafik 11).

Politik mit mehr Gewicht

Dieser Nationalstolz gründet 2012 weit stärker als im Vorjahr auf politischen Komponenten (Grafik 15). Zuerst stehen dabei Neutralität und Eigenständigkeit. Die Volksrechte und die Mitsprachemöglichkeiten erzielen ebenfalls hohe Werte. Betrachtet man allein die Zuwachsrate, so stehen einem die Bundesverfassung einerseits und das Milizsystem andererseits ins Auge. Alles in allem sind sich die Schweizer wieder vermehrt und mit Stolz der politischen Sonderlösungen ihres Landes bewusst.

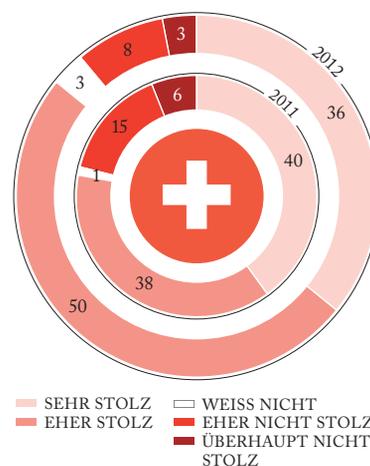
Lagen in den letzten Jahren die wirtschaftlichen Werte eher höher als die politischen, so sind sie 2012 fast ausnahmslos zurückgegangen, auch

wenn sie sich nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau bewegen (Grafik 16). Zuerst rangieren nun dicht hintereinander die Uhrenindustrie, der internationale Qualitätsruf, die starken KMU, die starken Marken und die Maschinenindustrie. Den stärksten Einbruch verzeichneten die Service-public-Unternehmen (-16 Prozentpunkte) sowie das Bankkundengeheimnis (-10 pp).

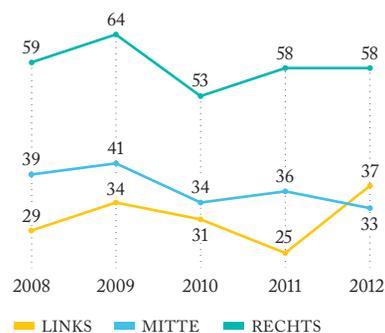
Bei den fünf wichtigsten Stärken des Landes ergeben sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leichte Verschiebungen zugunsten der Politik (Grafik 12). An der Spitze liegen die Neutralität (+4 pp) und die Bildung (+6 pp), deren Wert sich seit 2006 fast verdoppelt hat. Hoch gewichtet werden auch die Mitspracherechte (+5 pp). Demgegenüber erleidet die Schweizer Qualität, während Jahren ganz zuoberst platziert, einen massiven Wertschätzungseinbruch (-17 pp). Es folgen Frieden (+2 pp) sowie Ordnung und Sauberkeit (+11 pp), ein Begriffspaar, das nach einem kontinuierlichen Bedeutungsverlust nun wieder einen Sprung nach oben macht. Zu den massiv abgewerteten Stärken zählen auch die Stabilität (-10 pp) und vor allem das Zusammenleben der Kulturen (-17 pp), während nun plötzlich auch das Gesundheitswesen (+9 pp) zu den wichtigsten Stärken des Landes gezählt wird. Noch letztes Jahr haben die Schweizer das zu komplizierte und zu teure Gesundheitswesen als die Hauptschwäche der Schweiz geortet.

11. Schweizer Nationalstolz

Erst einmal, im Jahre 2007, war der Nationalstolz insgesamt so verbreitet wie heute. Allerdings sind die «Sehr stolz»-Antworten um einige Prozentpunkte tiefer als im letzten Jahr.



La Suisse existe. Der Nationalstolz bei der politischen Linken hat kontinuierlich zugenommen. Ob er wirklich verbreiteter ist als in der Mitte, wird erst die Zukunft weisen.



Frage: «Sind Sie stolz, Schweizer oder Schweizerin zu sein?» In der unteren Grafik ist der Anteil «Sehr stolz»-Antworten dargestellt.

Wie aber definiert der Souverän im Jahr 2012 die Schweiz? Als Bollwerk in der Brandung, könnte man vielleicht sagen, als Sonderfall, wo Sicherheit, Frieden und Neutralität nach wie vor eine Selbstverständlichkeit sind, während sonst in allzu vielen Ländern Unruhe und Unsicherheit vorherrschen (Seite 52). Dies schliesst keineswegs aus, dass man nicht Schwächen ausmerzen muss; aber Hilfe ist nicht von aussen, von der kriselnden EU oder den USA zu erwarten, sondern muss letztlich selbst geleistet werden.

Sicherheit/Frieden (+ 5 pp) und Neutralität (+ 6 pp), im Vorjahr auf den Plätzen 4 und 5, sind nun also gemeinsam an der Spitze. Die Landschaftsassoziationen sind dementsprechend etwas in den Hintergrund getreten: Die Landschaft (- 6 pp) wird zwar noch weit vorne eingereiht, der verwandte Begriff Berge/Alpen (- 10 pp) figuriert jedoch unter ferner liefen. Uhren und Schokolade hingegen verkörpern nach wie vor die traditionellen Schweizer Spezialitäten. Der Patriotismus (+ 4 pp) hat die etwas neutraleren Begriffe Heimat (- 2 pp) und Tradition (- 3 pp) überholt.

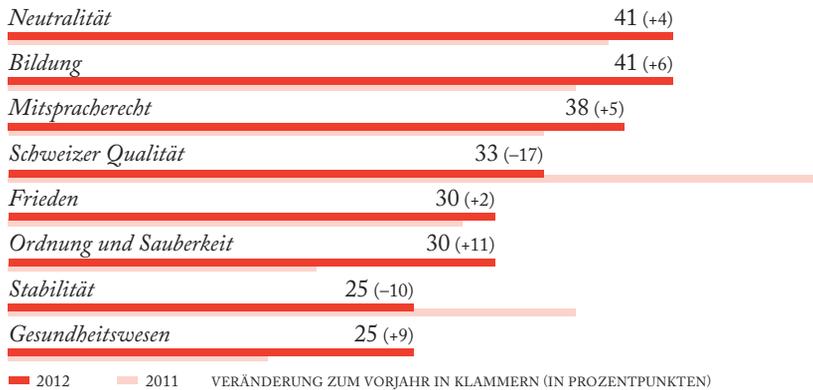
Gemeinde unter Druck

Die Schweizerinnen und Schweizer haben sich noch nie in erster Linie als Weltbürger oder als Europäer gefühlt. Trotz einem kleinen Anstieg gegenüber dem Vorjahr bleiben die Werte sehr tief. Beim Heimatstolz hat sich hingegen eine bemerkenswerte Verschiebung ergeben (Grafik 13). Erstmals identifiziert man sich nicht in erster Linie mit der Wohngemeinde, sondern mit dem Land als Ganzes.

In den letzten Jahren hat der Druck auf die Gemeinden, aus finanziellen und verwaltungstechnischen Gründen eine Fusion ernsthaft in Erwägung zu ziehen, laufend zugenommen. Seit 1990 hat die Zahl der Gemeinden bereits um 526 auf knapp 2500 abgenommen. Dies könnte das Identifikationsgefühl genauso verringern wie die verstärkte Mobilität in Bezug auf Wohnsitz und Arbeitsplatz.

12. Die Stärken der Schweiz

Neben der Neutralität wird neu die Bildung als wichtigste Stärke der Schweiz angesehen. Seit 2003 (23%) hat sich ihr Anteil fast verdoppelt. Demgegenüber erlitt die Schweizer Qualität, 2009–2011 deutlicher Spitzenreiter, einen massiven Einbruch.

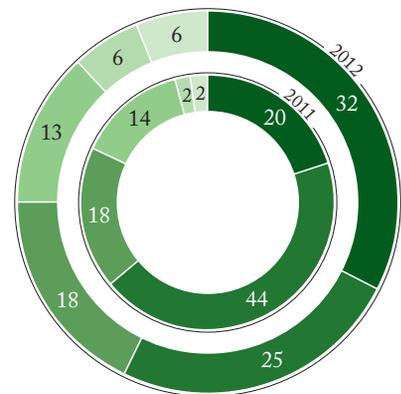


Frage: «Welches sind für Sie die fünf wichtigsten Stärken der Schweiz?»

13. Wo sich die Schweizer zugehörig fühlen

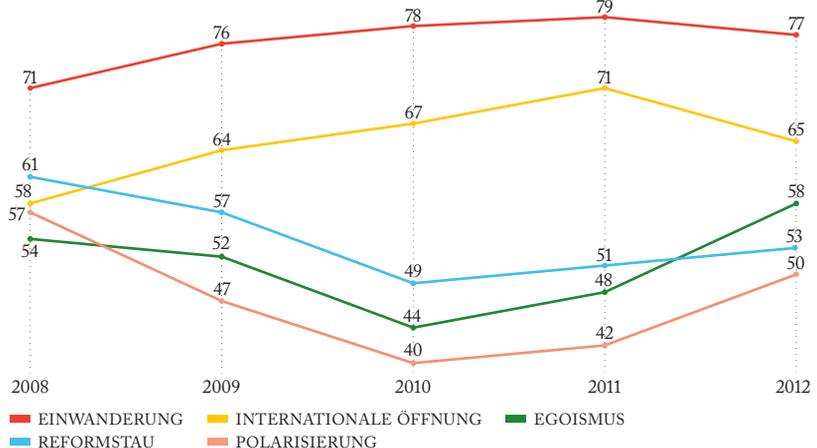
Erstmals fühlen sich mehr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz zugehörig als ihrer Wohngemeinde. Von einem Trend der Entfremdung gegenüber dem Wohnort kann man aber nicht sprechen.

Frage: «Zu welcher geografischen Einheit fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig?»



14. Gefährdung der Schweizer Identität

Der Schweizer Identität droht, nicht überraschend, vor allem von aussen Gefahr: Einwanderung und internationale Öffnung. Eine Mehrheit des Souveräns stellt aber auch einen übertriebenen Egoismus fest, und auch die politischen Reformen müssen schneller vorangetrieben werden.



Frage: «Durch welche Ursache sehen Sie die Schweizer Identität gefährdet (sehr/eher gefährdet – keine Antwort – eher/überhaupt nicht gefährdet)?»

Dennoch hatte sich der Absturz um 19 Prozentpunkte auf den bislang tiefsten Wert nicht abgezeichnet. Profitiert hat davon vor allem die Schweiz (+ 12 pp).

Die selbstbewusste Haltung der Schweizer widerspiegelt sich in der Beurteilung des eigenen Ansehens im Ausland sowie bei der Frage, wie die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland auftreten sollte. Insgesamt 83 Prozent der Stimmbürger sind der Ansicht, dass im Ausland das Image der Schweiz gut oder sogar sehr gut ist (Grafik 17). Diese Werte entsprechen ziemlich genau jenen der letzten drei Jahre. Dementsprechend fällt die Antwort darauf, ob sich das Image verbessert oder verschlechtert habe, neutral aus (35% Verbesserung, 36% Verschlechterung). Kritischen Medienberichten wird offensichtlich weniger Gewicht beigemessen als der real erlebten Situation, welche die Attraktivität der Schweiz zum Beispiel als Einwanderungsland bezeugt. Und weil dem so ist, würde man sich von der

Schweizer Politik gegenüber dem Ausland mehrheitlich eine offensivere Politik wünschen (72%), während nur ein knappes Viertel (22%) zu mehr Vorsicht rät. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Schere um 6 weitere Prozentpunkte geöffnet.

Die schweizerische Identität wird, wie bereits die letzten Umfragen aufgezeigt haben, vor allem von aussen bedroht (Grafik 14). Als weniger gravierend wird dabei die internationale Öffnung angesehen, die man aktiv steuern kann, während man den Problemen der EU und vor allem auch der Einwanderung – trotz dem positiven Aspekt des Zuzugs von Fachkräften – weitgehend passiv ausgeliefert ist. Den innenpolitischen Faktoren wird seit zwei Jahren wieder höheres Gefährdungspotenzial zugemessen: Am schlimmsten wird der Egoismus (+ 10 pp) beurteilt, doch nach wie vor sieht die Hälfte der Bevölkerung auch im politischen Reformstau und in der Polarisierung ein Problem.

Blickt man zehn Jahre voraus, so gehen die Schweizerinnen und Schweizer davon aus, dass sich die Zusammenarbeit der wichtigsten politischen Parteien und auch die Umweltbelastung verbessern werden. Das Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung bleibt einigermassen konstant (leicht negativer Wert), hingegen wird bei der Altersstruktur der Gesellschaft und bei der Verbreitung der Armut von einer Verschlechterung ausgegangen. Die Frage, woran die kommenden Generationen zu leiden hätten, ergibt ein leicht anderes Bild: Arbeitsmangel und Umweltbelastung, mit einigem Abstand gefolgt von Armut und Sicherung der Altersvorsorge. Die restlichen Faktoren wie Überfremdung, soziale Ungleichheit, Überalterung oder Finanzen fallen hingegen kaum ins Gewicht.

15. Stolz auf Merkmale der Politik

Die Neutralität hat seit 2006 (82%) laufend an Akzeptanz gewonnen. Klare Veränderungen gibt es auch bei Bundesverfassung (+ 10 pp) und Zusammenleben der Sprachregionen (- 16 pp).

Neutralität	94 (+1)
Eigenständigkeit	92 (-3)
Volksrechte (u.a. Referendum)	88 (-4)
Bundesverfassung	88 (+10)
Föderalismus	87 (+2)
Zusammenleben Sprachgruppen	79 (-16)
Regierung, in der alle grossen Parteien vertreten sind	77 (+1)
Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften	71 (+3)

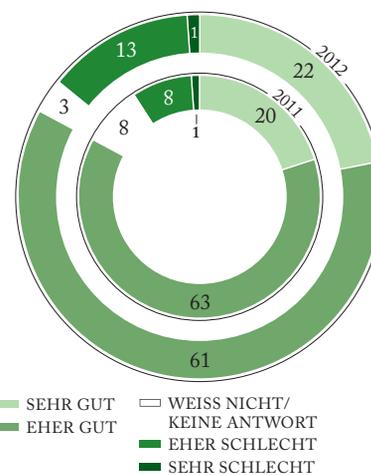
16. Stolz auf Merkmale der Wirtschaft

Trotz leichten Einbussen werden die wirtschaftlichen Merkmale weiterhin höher als die politischen eingestuft. Vorne hat die Uhrenindustrie den internationalen Qualitätsruf abgelöst.

Uhrenindustrie	93 (-5)
Internationaler Qualitätsruf	91 (-8)
Erfolgreiche KMU	91 (-7)
Starke Schweizer Marken	90 (-7)
Maschinenindustrie	89 (-2)
Forschung	84 (-2)
Innovationskraft	82 (-4)
Pharmaindustrie	82 (-2)

17. Hohes Ansehen im Ausland

83 Prozent der Bevölkerung gehen davon aus, dass das Image der Schweiz im Ausland sehr oder zumindest eher gut ist. Dieser Wert hat sich in den letzten vier Jahren nicht verändert.



2012 2011 VERÄNDERUNG ZUM VORJAHR IN KLAMMERN (IN PROZENTPUNKTEN)

Frage: «Gibt es Dinge der schweizerischen Politik, auf die Sie besonders stolz sind (sehr/ziemlich stolz)?»

Frage: «Gibt es Dinge der Schweizer Wirtschaft, auf die Sie besonders stolz sind (sehr/ziemlich stolz)?»

Frage: «Wie ist Ihrer Meinung nach das Ansehen der Schweiz im Ausland?»

«Ich will das Ansehen der Politik und der Parteien stärken»

Die kommende Nationalratspräsidentin und höchste Schweizerin Maya Graf freut sich über das kostengünstigste und effizienteste Parlament der Welt. Jetzt will die grüne Politikerin den havarierten Ruf der demokratischen Institutionen verbessern.

Interview: Urs Reich, Andreas Schiendorfer

Frau Graf, mit Ihnen bekleidet bereits zum dritten Mal in Folge ein Vertreter des Bauernstandes das höchste politische Amt der Schweiz. Sind Landwirte für eine politische Führungsrolle besonders geeignet?

MAYA GRAF: Vorausschicken muss ich, dass ich gelernte Sozialarbeiterin bin und auch auf diesem Beruf gearbeitet habe. Seit 12 Jahren bewirtschaften wir nun in einer Hofgemeinschaft den elterlichen Hof. Doch zur eigentlichen Frage: Die bäuerliche Basis ist seit je sehr politisch und zudem gut organisiert. Das hat sicher auch damit zu tun, dass die Agrarpolitik ein wichtiger Teil der Bundespolitik ist und die Landwirtschaft damit direkt von dem betroffen ist, was in Bern entschieden wird. Hinzu kommt, dass die Landwirtschaft ein hohes Ansehen und Vertrauen geniesst. Vielleicht traut man uns auch deswegen zu, das Parlament über die Parteigrenzen hinweg zu vertreten. In der Herkunft meiner beiden Vorgänger und mir spiegelt sich übrigens die grosse Vielfalt in der heutigen Landwirtschaft wider: Jean-René Germanier (FDP) ist der Westschweizer Weinbauer, Hansjörg Walter (SVP) der Vertreter des eher klassischen Bauernstandes aus der Ostschweiz, und ich bin die Bio-bäuerin der Grünen aus dem Jura.

Welches sind für Sie die drei Hauptsorgen der Schweiz?

MAYA GRAF: Im nächsten Jahr müssen die Weichen für die Energiewende gestellt werden. Klare gesetzliche

Regelungen sollen für Investitionssicherheit sorgen, für die Unternehmen, aber auch für Privatpersonen, die mit Gebäudesanierungen und Solaranlagen einen Beitrag zum Umweltschutz leisten möchten. Bei den Finanz- und Steuerfragen gilt es, endlich reinen Tisch zu machen, Weissgeldstrategie und Steuergerechtigkeit müssen die Schweiz in Zu-

«Ich finde es sehr erfreulich, dass wir die Heimatliebe nicht einfach der Rechten überlassen.»

kunft auszeichnen. Besonders wichtig ist für mich die Raumplanung und die geordnete Siedlungsentwicklung. Wir haben zu lange der Zersiedelung der Landschaft durch Wohn- und Infrastrukturbauten zugeschaut. Es gilt, verdichtet zu bauen, die Städte zu attraktiven Wohn- und Arbeitswelten aufzuwerten und das Kulturland und unsere einzigartigen Naturlandschaften um jeden Preis zu schützen.

Das Sorgenbarometer zeigt aber, dass die Bevölkerungsmehrheit die Akzente anders setzt.

MAYA GRAF: Die Arbeitslosigkeit ist ein Dauerthema, obwohl die Situation in der Schweiz sehr stabil ist. Aber wir wissen natürlich von den Probleme-

men in ganz Europa. Grundsätzlich ist es mir ein Anliegen, dass wir der Berufslehre das nötige Gewicht beimessen. Wir müssen nicht nur im akademischen Bereich eigene Fachkräfte ausbilden. Wenn uns das gelingt, sind wir auch nicht im gleichen Ausmass auf den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Dass die Altersvorsorge mit Besorgnis betrachtet wird, ist psychologisch zwar verständlich, aber zum Glück im Moment relativ unbegründet.

Die Unterschiede in der Problemwahrnehmung in den Sprachregionen sind gross. Gibt es den Röstigraben doch?

MAYA GRAF: Nein. Die französische und italienische Schweiz und die Deutschschweiz ergänzen sich auf ideale Weise. Die Romands verlangen vom Staat ein grösseres Engagement. Diese Sensibilität für soziale Fragen schafft einen guten Ausgleich zu den manchmal extremen Privatisierungsforderungen aus der Deutschschweiz. Wenn wir aber von einem Röstigraben sprechen, dann verläuft dieser mitten durch meine Heimat. In der Region Basel stimmen wir meist ähnlich wie die Westschweiz.

Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass die politische Linke erstmals mehr Nationalstolz zeigt als die Mitte?

MAYA GRAF: Ich finde es sehr erfreulich, dass wir die Heimatliebe nicht einfach der Rechten überlassen. Wir haben verschiedene politische Errungenschaften in der Schweiz, auf die



Maya Graf (1962), Sozialarbeiterin und Biobäuerin, wurde 2001 für die Grünen Baselland in den Nationalrat gewählt, den sie im Jahr 2013 präsidiert. Sie gehört der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur an sowie den parlamentarischen Gruppen Tierschutz, Tibet und Sport (Damen). Darüber hinaus engagiert sie sich bei Swissaid, Hochstamm Suisse sowie in der Schweizerischen Greina-Stiftung zur Erhaltung der alpinen Fliessgewässer und in der Stiftung Basel-Olsberg für Menschen mit Behinderung. www.mayagraf.ch

wir alle, unabhängig von unserer politischen Einstellung, sehr stolz sein dürfen. Wir Linke sind ebenfalls sehr stolz auf unsere Demokratie mit ihrem System des Ausgleichs und nicht des Ausschlusses.

Die Entscheidungsträger – dieses Jahr vor allem die Medien und die Wirtschaftsverbände – leiden unter einem Vertrauensverlust.

MAYA GRAF: Die Medienvielfalt ist ein hohes Gut, das zuletzt immer mehr in Frage gestellt wurde. Letztlich bestimmen nur noch wenige Medienkonzerne den Kurs, wobei die Vermischung von Informations- und Unterhaltungskonzern ganz besonders heikel ist. Hinzu kommt die zunehmende Gefahr der Oberflächlichkeit. Die Gewerkschaften und

die Arbeitgeberorganisationen hatten in den letzten Jahren an Vertrauen gewonnen. Deshalb würde ich den aktuellen Einbruch nicht überbewerten. Generell ist es natürlich so, dass man Vertrauen verliert, wenn man die Erwartungen nicht erfüllt.

Warum stehen die Schweizer der Europäischen Union und dem Euro so skeptisch gegenüber?

MAYA GRAF: Ich denke, dass wir Politikerinnen und Politiker in dieser Frage in zweifacher Hinsicht gefordert sind. Einerseits darf es einfach nicht sein, dass wir Schweizer uns nicht als Europäer fühlen, obwohl wir mitten in Europa leben und existenziell davon abhängig sind, wie es diesem Europa geht. Andererseits müssen wir das Verhältnis der

Schweiz zur EU klären, die bilateralen Verträge analysieren und mögliche Verbesserungen und weitere Verträge gezielt anstreben, ohne uns unter Druck setzen zu lassen.

Die Ausländerfrage ist, auch wegen des Zuzugs hochqualifizierter Arbeitskräfte, von zunehmender Problematik.

MAYA GRAF: Wir wollten, dass sie kommen. Jetzt sind sie da. Das ist ein Dilemma, mit dem wir leben müssen. Wichtig dabei ist, dass die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit eingehalten werden. Schwarzarbeit in all ihren Formen muss systematisch bekämpft, Gesamtarbeitsverträge müssen eingehalten werden. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz, die seit über 100 Jahren ein Einwanderungsland ist, die nötige Integrationskraft besitzt und davon wirtschaftlich und gesellschaftlich profitiert. Schauen wir nur unsere junge Fussballnationalmannschaft an, in der viele Spieler mit Migrationshintergrund eine Schlüsselposition einnehmen und für unsere Schweiz erfolgreich kämpfen.

Ihr Hauptziel als Nationalratspräsidentin?

MAYA GRAF: Nach über 20 Jahren reiner Parteipolitik finde ich es bereichernd, als Vertreterin einer Nicht-Regierungspartei die Vielfalt unseres politischen Systems und den Konsens aller repräsentieren zu dürfen. Es ist mir ein zentrales Anliegen, das Ansehen der Politik und der Parteien zu stärken. Die Bevölkerung soll Vertrauen haben können in ihre demokratischen Institutionen. Wir haben einen gut funktionierenden Bundesrat, und wir haben ein gutes Parlament, übrigens das kostengünstigste und effizienteste der Welt. Ich erlebe sehr viele engagierte Politikerinnen und Politiker unter der Bundeshauskuppel, die Lösungen für die Probleme unseres Landes suchen wollen und nicht nur das Scheinwerferlicht der Medien, wie das gerne gegen aussen dargestellt wird.